

- PRIVATISIERUNG

ausgearbeitet von Lobitzberger Alfredo

Ursprünglich aus dem lateinischen "privatus", der Herrschaft beraubt, gesondert für sich stehend, nicht öffentlich. Erst im 19. Jahrhundert als selbständiges Adjektiv "privatisieren", in Privatvermögen verwandeln (Duden Deutsches Universal Wörterbuch 2003 S. 1240).

"In diesem Zusammenhang steht Privatisierung für die Veräußerung und Umwandlung öffentlichen Vermögens in privaten Eigentum, z. Bsp. durch die Überführung eines staatlichen Betriebes in ein Privatunternehmen" (Lexikon der Politik, Politische Begriffe C. H. Beck 1998 S. 521).

"Privatisierung meint die Übertragung von Vermögen und Aufgaben des Staates und der Gemeinden in die Hand privater Eigentümer und Leistungsträger. Dazu gehört im Vorfeld die Umwandlung von öffentlich rechtlicher in privatrechtliche Eigentumsformen, die Einführung privatwirtschaftlicher Managementmethoden in staatseigenen Unternehmen sowie die Liberalisierung und Deregulierung von Wirtschaftsbereichen"(Kleines Lexikon der Politik, Dieter Nohlen, Hsg. 2003 S. 417).

Dieser Begriff wurde besonders Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre aktuell, mit der Privatisierung öffentlicher Unternehmen in den westlichen Industriestaaten und in den 1990er in den ehemaligen sozialistischen Ländern Osteuropas und mit immer höherem Anteil auch in den sogenannten Ländern der Dritten Welt.

Er ist einer der Hauptbegriffe, im Wandel vom keynesianischen Wirtschaftsmodell hin zum Neoliberalismus. Der Keynesianismus stand dafür, daß der Staat durch Ausgaben, Nachfrage schaffen sollte, wenn die private Investition nicht ausreichen um diese anzutreiben. Im Gegenteil propagiert der Neoliberalismus den offenen und freien Marktwettbewerb. Dieser Wettbewerb soll mit dem Ausstieg des Staates aus den monopolisierten Unternehmen geschaffen werden, erstens um dem Staat durch die Erlöse des Verkaufs seiner Anteile an Geld zu kommen, und zweitens durch die Öffnung des Marktes sollten die Ressourcen optimiert, liberalisiert und dereguliert werden.

Einen weiteren Hintergrund für die Vergabe staatlicher Funktionen an private Unternehmen ist eine so genannte "Verschlankung" (Basistexte Forschungsseminar Formen privatisierter Gewalt, Werner Ruf), bzw. eine Sanierung der Staatsfinanzen. Wie auch immer der Staat die Unternehmen weitergibt, über die Börse oder im Direktverkauf, stand in den letzten Jahren hinter solchen "Enteignungen staatlicher Unternehmen meist kurzfristige fiskalpolitische Interessen" (Privatisierung: Ziel oder Instrument?, Zeitschrift für Gemeinwirtschaft, Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs, Hsg. 1996). Der Staat soll Aufgaben an private Unternehmer weitergeben, denn diese erfüllen jene kostengünstiger und mit einer höheren Effizienz, was auch nicht immer der Fall ist. Bsp. Energiekosten nach der Liberalisierung des Marktes.

In Zusammenhang mit der Globalisierung und der immer stärker werdenden transnationalen

Gruppe B

Ordnung führte in einigen Staaten sogar zur Übergabe an private Akteure von hoheitlichen Funktionen, wie zum Beispiel die Sicherheit. Der Staat vergibt so wichtige Bereiche der nicht Gewinn orientierten öffentlichen Verwaltung an externe Partner weiter.

Privatisierung ist auf keinem Fall der Verkauf zu jedem Preis der staatlichen Unternehmen, sondern der Verkauf der zum einen den Erlös für den Staat maximiert und aber auch für die Beschäftigten in diesen Unternehmen keine gravierenden Nachteile bringt und in keinem Fall einen sozialen Desaster anrichtet. Auch darf eine Privatisierung nach der neoliberalen Theorie, keinen weiteren Monopol schaffen sondern den Weg zur Liberalisierung und zum freien Wettbewerb öffnen. Dieses Phänomen hat sich in den letzten zehn Jahren rasant schnell innerhalb der EU verbreitet. Zum Beispiel: Privatisierung der Energieversorgung (Strom u. Gas), Telekommunikationen, Kommunikationswesen im Allgemeinen (Verkehr, Eisenbahnen) etc. Konsequenz war im ersten Hinblick eine Kostensenkung für den Endverbraucher, was sich jedoch in der jüngeren Zeit wieder abschwächte.

Negative Aspekte der Privatisierung wären die vorgekommenen Probleme in den ehemaligen sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa in welchen der anfängliche Optimismus, wonach man die staatlichen Unternehmen nach dem westlichem Modell verkaufen wollte, sich in den mangelnden Rahmenbedingungen stoppte, wie zum Beispiel Rückstände in der Technologie oder in der gesetzlichen Regelung. Es wurden in einigen Staaten über Auktion ähnlichen Verfahren die Unternehmen an den Bestbieter verkauft.

Nicht immer auch ist die Übergabe von staatlichen Unternehmen in private Hände eine Garantie für eine höhere Effizienz, denn es ist bewiesen, dass auch private Unternehmen in kürzester Zeit nicht die bürokratischen Hürden so schnell überlaufen können.

Nur die Zukunft wird zeigen, ob dieses Modell welches mit dem Verkauf staatlicher Betriebe an private Unternehmer begann, und als weiteres die Vergabe auch von Verwaltungsfunktionen an Privatunternehmen vorsieht, das Gewaltmonopol des Staates nicht zu sehr an externe Akteuren bindet und den Staat dadurch unvermeidlich auf die Privatwirtschaft angewiesen ist. Klar ist auch das ohne staatlicher Investitionen gewisse Ökonomien zum Stillstand verurteilt würden.

Nur eines ist klar: die Grenzen existieren defacto nicht mehr, es rückt nur alles im transnationalen Geschehen näher zusammen und private Akteure können in einigen Fällen das staatliche Gewaltmonopol ins Schwanken bringen.

Literatur:

- Basistexte Forschungsseminar Formen privatisierter Gewalt.
- Privatisierung öffentlicher Leistungen, Rolf Eschenbach u. a. Hsg. Wien 1993
- Duden Deutsches Universal Wörterbuch 2003.

Gruppe B

- Kleines Lexikon der Politik, Dieter Nohlen, Hsg., 2003
- Lexikon der Politik, Politische Begriffe C. H. Beck 1998
- www.schülerlexikon.de

Privatisierung: Ziel oder Instrument?, Zeitschrift für Gemeinwirtschaft, Verband der Öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs, Hsg. 1996